

*Stellungnahme des DKP-Landesvorstandes Berlin*

## **Zum Antrag des DKP-Parteivorstandes „Antworten der DKP auf die Krise“ an den 20. Parteitag der DKP 2012**

Nach den Diskussionen über den Antrag „Antworten der DKP auf die Krise“ auf den Landesvorstandssitzungen am 5. August und 2. September 2012 sowie Diskussionen in einer Reihe von Gruppen im Landesverband stellt der Landesvorstand fest:

1. Im Antrag wird der Versuch unternommen, verschiedene Positionen in der Partei zu grundlegenden Fragen wie der Entwicklung des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium, der Rolle der Arbeiterklasse und nicht zuletzt der Rolle der Partei unter den Bedingungen des derzeitigen Krisenverlaufs in einem Antrag zusammenzufassen.

Der LV Berlin vertritt die Position: Die Differenzen innerhalb der Partei zu den genannten Punkten behindern die Entwicklung der Partei – nicht nur theoretisch, sondern in der Konsequenz auch in ihrem praktischen Handeln.

Aufgabe des PVs in dieser Situation müsste es sein, diese Differenzen zu überwinden. Dafür wäre es notwendig, in der gesamten Mitgliedschaft Klarheit über die Differenzen zu schaffen und davon ausgehend in eine Diskussion zur Überwindung dieser einzutreten. Dieser Aufgabenstellung wird der PV mit seinem Antrag nicht gerecht. Neben richtigen Aussagen ist der Antrag durchsetzt mit Positionen, die sich auf die eine oder andere Art und Weise bereits in den Politischen Thesen des alten Parteisekretariats wieder finden. Herausgekommen ist ein Antrag, der den Eindruck einer theoretischen Konzeptionslosigkeit erzeugt. Statt Klarheit in den Meinungsverschiedenheiten zu schaffen, werden diese im PV-Antrag vernebelt. Das hemmt die Parteientwicklung.

2. Obwohl an mehreren Stellen ein marxistisches Vokabular verwendet wird, wird der Antrag in weiten Teilen nicht dem Anspruch gerecht, die Lehren von Marx, Engels und Lenin als Instrument zu nutzen, um die Bedingungen heute im Klassenkampf zu bestimmen und daraus resultierend die Aufgaben der Partei abzuleiten. Stattdessen werden Positionen, wie sie in den Politischen Thesen vertreten werden, in den Antrag hinübergerettet, obwohl der 19. Parteitag festhielt, dass die Politischen Thesen in einem „Spannungsverhältnis“ zum Parteiprogramm stehen und neben „interessanten neuen Feststellungen und Fragestellungen auch Positionen formulieren, die in unserer Partei und darüber hinaus auch unter anderen MarxistInnen umstritten sind.“

Dies wird an mehreren Stellen des PV-Antrags deutlich:

- Die Einordnung der Krise zu Beginn arbeitet sich an Erscheinungen dieser ab. Streckenweise wird der Eindruck erweckt, als würden nicht gesellschaftliche Prozesse sondern Naturprozesse beschrieben. Ausgeblendet wird im ersten Abschnitt, dass es sich im gesamten Krisenprozess im Kern um Klassenkämpfe handelt, für deren Einordnung entscheidend ist, den Hauptgegner für die deutsche Arbeiterklasse zu bestimmen: den deutschen Imperialismus, der sich in einer Offensive befindet im Rahmen des Krisenverlaufs. (1)  
Einschätzungen wie die der „wachsenden Macht der Finanzmärkte“ oder „zur Bedeutung der Spekulation“ helfen bei der Bestimmung des Hauptgegners wenn überhaupt nur dann weiter, wenn die Akteure „der Finanzmärkte“

genannt werden: Eben die deutsche Monopolbourgeoisie, die in ihrer inneren Struktur eine Verschmelzung von Banken- UND Industriekapital darstellt, wie Lenin es in seiner Imperialismusanalyse beschrieb. Dass es sich dabei nicht um eine scholastische Frage handelt, wird an der Forderung im PV-Antrag „Entschädigungslose Enteignung und Überführung der großen Finanzinstitute (...) in öffentliches Eigentum“ deutlich (S. 10 / Z. 414 – 417). (2) Anstatt mit Forderungen einzugreifen, die sich gegen die deutsche Monopolbourgeoisie richten, werden Illusionen in den Bewegungen befördert, dass es möglich wäre, der Offensive der deutschen Monopolbourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und andere Schichten in der BRD sowie die Völker der abhängigen EU-Peripheriestaaten mit einem Kampf gegen die Banken zu begegnen. (3)

- In der Einschätzung der EU wird das „imperialistische Deutschland“ (nicht der deutsche Imperialismus) (S. 2 / Z 69 ff.) als „Vorreiter“ einer „reaktionären Politik“ in der EU charakterisiert. Diese Einschätzung ist im Kern falsch. Alle jüngsten Entwicklungen in der EU bestätigen die Einschätzung, dass die EU ein Instrument in den Händen des deutschen Imperialismus ist, um seine ökonomische und politische Vorherrschaft in der EU auszubauen und er nutzt die EU-Schuldenkrise, um den Ausbau seiner Vorherrschaft in EU der zu beschleunigen.

Anstatt den deutschen Imperialismus als Hauptgegner der Arbeiterklasse in Europa einzuordnen (4), wird im PV-Antrag das „transnationale Kapital“ präsentiert, dessen „Profit- und Machtinteressen“ „ganz Europa“ „unterworfen“ werde (S. 2 / Z. 71/72). Präsentiert wird also ein Hauptgegner, wie ihn die Vertreter der Theorie des „kollektiven Imperialismus“ und der Politischen Thesen ausgemacht haben – um den Preis, die sich verschärfenden Konkurrenzkämpfe zwischen den verschiedenen Monopolfraktionen, die real im Rahmen der EU deutlich werden, als Triebfeder für forcierten Angriffe gegen die Arbeiterklassen und andere Schichten in der EU zu ignorieren.
- Im PV-Antrag wird die Arbeiterklasse als „objektiv die entscheidende Kraft“ bezeichnet. So richtig diese Formulierung einerseits ist, wird im PV-Antrag andererseits ausgeblendet, die SUBJEKTIVEN Faktoren zu benennen, warum die deutsche Arbeiterklasse sich in den derzeitigen Abwehrkämpfen eben nicht zur FÜHRENDEN Klasse im Bündnis mit anderen Schichten entwickelt. Das aber wäre Ausgangsbedingung, um die im Antrag aufgelisteten „Bewegungen“ aus einem proletarischen Standpunkt heraus einzuordnen, ihre Stärken und Schwächen als Bündnispartner der Arbeiterklasse auszuloten – kurzum: Die Grundlage für den Aufbau einer antimonopolistischen Abwehrfront zu schaffen. Und das wäre wiederum die Grundlage, um über bloße Allgemeinplätze und Forderungskataloge hinaus, die Gliederungen der Partei auf die kommenden Klassenauseinandersetzungen vorzubereiten.

Was aber passiert im PV-Antrag? Handfeste Ideologien zur Herrschaftssicherung in der momentanen Situation wie die Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ werden zu bloßen Illusionen klein geredet, die unter den Gewerkschaften vorherrschen würden (S. 6 / Z. 226).

Wenn es in dem Antrag, um Ursachen für die Formierung der Arbeiterklasse geht, gleiten diese in mechanisch materialistische Fahrwasser ab: Scheinbar neue Spaltungslinien in der Arbeiterklasse, die laut Antrag „vor allem durch die Entwicklungen der ökonomischen Basis des Kapitalismus“ entstanden

seien (S. 5 / Z. 194/195), leisten einer Theorie der Zersetzung der Arbeiterklasse Vorschub (5) – einer Theorie, wie sie deutlich in den Politischen Thesen festgehalten wird, wo es heißt in Kapitel 4, These 6 heißt: „Der moderne Kapitalismus hat die soziale Basis der Arbeiterbewegung zersetzt und aufgelöst“. Der Versuch, postmoderne Ideologien in die Partei hineinzutragen, wird somit im PV-Antrag mit einer abgewandelten Formulierung wiederholt.

- Der PV-Antrag enthält die Aufgabenbestimmung für die Partei: Sie „wirkt für die Bildung von Klassenbewusstsein in der Arbeiterklasse“ (S. 7 / 287). Und es wird wenige Zeilen später festgehalten: „Erkenntnisse und Klassenbewusstsein wachsen letztlich nur in Auseinandersetzungen“ (Z. 292 / 293). In dieser Kombination sind die Formulierungen im PV-Antrag vieldeutig. Heißt, die Partei „wirkt für die Bildung von Klassenbewusstsein“, dass ihre HAUPTAUFGABE darin besteht, Klassenbewusstsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen? Warum wird es dann nicht so geschrieben? Oder wächst das Klassenbewusstsein „letztendlich“ (!) doch nur in Auseinandersetzungen? Wenn letzteres gemeint ist, hält diese Einschätzung den jüngeren Erfahrungen weder in der BRD noch in Ländern wie Griechenland stand. Abwehrkämpfe im ökonomischen Klassenkampf in der BRD, wie sie auch im PV-Antrag angeführt werden, haben eben nicht zur Entwicklung von Klassenbewusstsein beigetragen – das Klassenbewusstsein in die Arbeiterbewegung hineinzutragen, ist und bleibt Aufgabe der DKP, der sie derzeit nicht gerecht wird. Andersherum ist in Griechenland zu beobachten, dass eine starke KP wie die KKE die organisatorische Grundlage für den Aufbau von Klassenbewusstsein bildet. (6)

Es geht dabei nicht darum, einen Voluntarismus zu pflegen, der die reale Verfasstheit der DKP und die besonderen nationalen Bedingungen im Klassenkampf ignoriert – fatal ist aber, die NICHT-führende Rolle der DKP in der Arbeiterklasse heute in der zukünftigen Aufgabenbestimmung der Partei zum Vorbild zu nehmen.
- Während entscheidende Erfahrungen von Kommunistischen Parteien in der EU wie die der griechischen KKE im Antrag keine Rolle spielen, werden Erfahrungen sozialdemokratischer Kräfte in der EU im Antrag zum Vorbild erklärt – konkret auch Griechenland. Der Weg des Wahlbündnisses SYRIZA – nicht namentlich genannt, aber doch gemeint (7) – wird als Erfolgsmodell präsentiert, bei dem es gelungen sei, Stimmen bei Wahlen zu gewinnen, indem „bei Wahrung der eigenen politischen Identität und weltanschaulicher Überzeugung“ gemeinsam gehandelt wurde (S. 5. /Z. 206 – 210). Nicht ausgeführt wird, dass der „eigenen politischen Identität“ der Organisationen im Wahlbündnis SYRIZA selbstverständlich klare Grenzen gesetzt wurden. Die Frage stellte sich konkret: Kampf um den Verbleib in der EU oder Kampf gegen die EU? Wer nicht für Ersteres war, konnte bei SYRIZA auch nicht mitmachen – die systemstabilisierende Funktion, die SYRIZA dabei einnimmt, ist offensichtlich und wird durch Teile der griechischen Bourgeoisie bestätigt, die sich für die Regierungsbeteiligung SYRIZAs aussprachen.

Wenn der PV-Antrag solche Erfahrungen zum Vorbild nimmt, damit „breite Allianzen entstehen“ (S. 6 / 246), entbehrt es nicht ein gewissen inneren Logik, wenn zwei Seiten später eine „engere Zusammenarbeit der kommunistischen, Arbeiter- und Linksparteien“ als Aufgabenstellung festgehalten wird (S. 8 / Z 327 – 331) – also eine GLEICHWERTIGE Zusammenarbeit mit

Kommunistischen Parteien und „Linksparteien“. Das wiederum korrespondiert mit den Bestrebungen von Teilen der Partei, eine Vollmitgliedschaft der DKP in der EL durchzusetzen. Alles zusammen ist Ausdruck dafür, dass in der Partei die Identität einer Kommunistischen Partei zur Disposition gestellt wird – eine Tendenz, der der Berliner Landesband entgegentritt.

3. Der Landesvorstand der Berliner DKP vertritt den Standpunkt, dass der PV-Antrag zum 20. Parteitag die Partei nicht voranbringt. Während sich Positionen der Politischen Thesen, ohne dies klar zu kennzeichnen, in dem Antrag wiederfinden, fehlt gleichzeitig eine Analyse der real ablaufenden Klassenkämpfe und daraus resultierenden Aufgaben für die Partei. In diesem Sinne ist der Antrag auch ungeeignet, zur Qualifizierung der politischen Arbeit in den Grundgliederungen der Partei beizutragen. Anstatt den Gruppen und Bezirken in dieser Situation einen Kompass an die Hand zu geben, WIE in der Krise Kommunistinnen und Kommunisten in diesem Land kämpfen müssen, wurde ein Antrag erarbeitet, der im besten Falle – wie die politische Resolution des 19. Parteitages – in der Partei keine Rolle spielen wird. In diesem Sinne lehnt der Berliner Landesvorstand den PV-Antrag zum 20. Parteitag ab und leitet Schritte zur Erarbeitung eines Antrags ein, um eine Richtschnur zum Handeln der Partei im Krisenverlauf zu schaffen.

Beschluss vom 2. September 2012 (einstimmig beschlossen)

- (1) Die Charakterisierung der momentanen Etappe als Offensive des deutschen Imperialismus schließt gleichzeitig auch das Festhalten einer Defensive der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen ein.
- (2) Es soll keineswegs unterschlagen werden, dass auch die Enteignung der Energiekonzerne im Antrag gefordert wird. Das ändert aber am Wesen der Kritik nichts
- (3) Diese Illusionen werden aktuell in Bewegung getragen von der Partei DIE LINKE. So schreibt Sarah Wagenknecht in der Extraausgabe „Klar“ zu ESM und Fiskalpakt, dass DIE LINKE „die Finanzmärkte entmachten“ wolle. Die „Banken als öffentliche Institute zu reorganisieren“ wird von ihr als Weg dahin propagiert.
- (4) Es versteht sich von selbst, dass innerhalb der EU auch z.B. der französische Imperialismus von der EU profitiert. Im ökonomischen Konkurrenzkampf ist es aber der deutsche Imperialismus, der seine Interessen am stärksten durchsetzen kann.
- (5) Nicht in Abrede gestellt werden soll, dass es zumindest in der jüngsten Geschichte in den imperialistischen Metropolen neue Spaltungslinien innerhalb der Arbeiterklasse gibt – so z.B. die Spaltung zwischen Leiharbeiter und Stammebelegschaften. Worum es geht, ist diese Entwicklung der „ökonomischen Basis“ zur Ursache ausbleibender Formierungen in der Klasse darzustellen, ohne den (derzeit) subjektiven Hauptfaktor zu benennen: Die ideologische Vorherrschaft des Klassegegners in der Arbeiterbewegung.
- (6) Dass natürlich Erfahrungen der Klasse, die sie in Abwehrkämpfen macht, unmittelbare Anknüpfungspunkte sind, um Klassenbewusstsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen, liegt in der Natur der Sache. Die Erfahrungen an sich können aber kein Klassenbewusstsein erzeugen.
- (7) Da in diesem Abschnitt Griechenland genannt wird und eindeutig von Wahlen die Rede ist, bei denen zusammen gehandelt wird, ist eindeutig, dass SYRIZA (unter anderen) gemeint ist.